

## **Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung**

An die  
Mitglieder des Ausschusses für Sicherheit, Recht,  
Integration und Gleichstellung  
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:  
Büro der  
Stadtverordnetenversammlung  
Rathaus, 34112 Kassel  
Auskunft erteilt: Frau Koch  
Tel. 05 61/7 87-12 26  
Fax 05 61/7 87-21 82  
E-Mail: Koch.Seitz@stadt-kassel.de  
oder stavo-buero@stadt-kassel.de

Kassel, 23.05.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **3.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung lade ich ein für

**Donnerstag, 01.06.2006, 16.30 Uhr,  
Lesezimmer, Rathaus, Kassel**

### **Tagesordnung:**

- 1. Gemeinsame Ausländerbehörde von Stadt und Landkreis Kassel  
Übergangslösung 01.07.2006 - 31.12.2007**  
Vorlage des Magistrats  
Berichtersteller/in Bürgermeister Junge  
- 101.16.39 -  
(gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)
- 2. Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH**  
Vorlage des Magistrats  
Berichtersteller/in Stadtkämmerer Dr. Barthel  
- 101.16.40 -  
(gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)
- 3. NB Nordhessenbus GmbH  
Übernahme von Gesellschaftsanteilen**  
Vorlage des Magistrats  
Berichtersteller/in Stadtkämmerer Dr. Barthel  
- 101.16.43 -  
(gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)

4. **Geplante Standorte für Mobilfunkanlagen**  
Antrag der Fraktion Grüne  
Berichterstatter/in Stadtverordnete Weber  
- 101.16.28 -  
(gleichzeitig im Ausschuss für Umwelt und Energie)

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfram Kieselbach  
Vorsitzender

Für die Richtigkeit:

Anja Koch

## **Niederschrift**

über die 3. öffentliche Sitzung  
des Ausschusses für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung am  
**Donnerstag, 01.06.2006, 16.30 Uhr**  
im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

**Anwesende:** Siehe Anwesenheitsliste

### **Tagesordnung:**

- |    |   |           |
|----|---|-----------|
| 1. | Gemeinsame Ausländerbehörde von Stadt und Landkreis Kassel<br>Übergangslösung 01.07.2006 - 31.12.2007 | 101.16.39 |
| 2. | Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH  | 101.16.40 |
| 3. | NB Nordhessenbus GmbH<br>Übernahme von Gesellschaftsanteilen  | 101.16.43 |
| 4. | Geplante Standorte für Mobilfunkanlagen   | 101.16.28 |

Vorsitzender Kieselbach eröffnet die mit der Einladung vom 23.05.2006 ordnungsgemäß einberufene 3. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden, darunter besonders Stadtrat Mende in Vertretung für den verhinderten Oberbürgermeister Hilgen, und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung**

Vorsitzender Kieselbach teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 4 „Geplante Standorte für Mobilfunkanlagen, Antrag der Fraktion Grüne, 101.16.28“ auf Wunsch des Oberbürgermeisters Hilgen und mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen, so dass Vorsitzender Kieselbach die Tagesordnung in der geänderten Form feststellt.

## 1. **Gemeinsame Ausländerbehörde von Stadt und Landkreis Kassel Übergangslösung 01.07.2006 - 31.12.2007**

Vorlage des Magistrats  
- 101.16.39 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel ist die in der Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über eine Übergangslösung zur Schaffung einer gemeinsamen Ausländerbehörde von Stadt und Landkreis Kassel zu treffen.
2. Das Regierungspräsidium Kassel wird gebeten, einen gemeinsamen Kreisordnungsbehördenbezirk für das Ausländerwesen der Stadt und des Landkreises Kassel mit Wirkung zum 01.07.2006 anzuordnen (Anlage 2).

Für die SPD-Fraktion bringt Stadtverordneter Geselle folgenden Änderungsantrag ein:

#### ➤ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion (A)**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Beschlusstext ist eine Ziffer 3 mit folgendem Wortlaut anzufügen:

- „3. Der Magistrat wird aufgefordert, zum 01.04.2007 im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen **sowie im Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung** über den Stand der Integration der Ausländerbehörde zu berichten.“

➤ **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderte Vorlage des Magistrats (B)**

1. Zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel ist die in der Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über eine Übergangslösung zur Schaffung einer gemeinsamen Ausländerbehörde von Stadt und Landkreis Kassel zu treffen.
2. Das Regierungspräsidium Kassel wird gebeten, einen gemeinsamen Kreisordnungsbehördenbezirk für das Ausländerwesen der Stadt und des Landkreises Kassel mit Wirkung zum 01.07.2006 anzuordnen (Anlage 2).
3. **Der Magistrat wird aufgefordert, zum 01.04.2007 im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen sowie im Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung über den Stand der Integration der Ausländerbehörde zu berichten.“**

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig  
Ablehnung: --  
Enthaltung: --  
den

### **Beschluss A**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD betr. Gemeinsame Ausländerbehörde von Stadt und Landkreis Kassel, Übergangslösung 01.07.2006 - 31.12.2007, 101.16.39, wird **angenommen**.

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig  
Ablehnung: --  
Enthaltung: --  
den

## **Beschluss B**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die durch Änderungsantrag der Fraktion der SPD geänderte Vorlage des Magistrats betr. Gemeinsame Ausländerbehörde von Stadt und Landkreis Kassel, Übergangslösung 01.07.2006 - 31.12.2007, 101.16.39, wird **angenommen**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Eichler

- 2. Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH**  
Vorlage des Magistrats  
- 101.16.40 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Der Umstellung des Stammkapitals von 50.000,00 DM auf 25.564,59 € wird zugestimmt. Die Geschäftsanteile werden umgestellt von jeweils 25.000,00 DM in jeweils 12.782,30 €.
2. Das Stammkapital der Gesellschaft wird zum Zwecke der Glättung auf 25.600,00 € erhöht. Die Geschäftsanteile werden zum Zwecke der Glättung aufgestockt, und zwar von je 12.782,30 € um je 17,70 € auf je 12.800,00 €.
3. Herr Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel und Herr Bürgermeister Thomas-Erik Junge werden ermächtigt, den Änderungen des Gesellschaftsvertrages in der rechtlich gebotenen Form zuzustimmen. Sie sind zugleich ermächtigt, etwaige sich ergebende redaktionelle Änderungen, Anpassung oder Streichung bei der notariellen Beurkundung vorzunehmen.“

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig  
Ablehnung: --  
Enthaltung: --  
den

## Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag des Magistrats betr. Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH, 101.16.40, wird **angenommen**.

Berichterstatter/-in:            Stadtverordneter Kortmann

### **3.    NB Nordhessenbus GmbH Übernahme von Gesellschaftsanteilen** Vorlage des Magistrats - 101.16.43 -

## **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Übernahme der Geschäftsanteile an der NB Nordhessenbus GmbH im Nennwert von insgesamt 12.000,-- € von den Mitgesellschaftern Henze-Reisen-GmbH und Omnibusbetrieb Michael Börner nach Maßgabe der im Entwurf beigefügten Abtretungsverträge zu.
2. Herr Oberbürgermeister Bertram Hilgen und Herr Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel werden ermächtigt, für den Magistrat der Stadt Kassel die erforderlichen Erklärungen - in der jeweils gebotenen Form - abzugeben.

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig  
Ablehnung: --  
Enthaltung: --  
den

## **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag des Magistrats betr. NB Nordhessenbus GmbH, Übernahme von Gesellschaftsanteilen, 101.16.43, wird **angenommen**.

Berichterstatter/-in:            Stadtverordneter Friedrich

#### **4.    Geplante Standorte für Mobilfunkanlagen**

Antrag der Fraktion Grüne  
- 101.16.28 -

#### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Magistrat wird beauftragt, über die geplanten Standorte für künftig zu errichtende Mobilfunkanlagen die jeweiligen Ortsbeiräte zu informieren und diese an der Entscheidung über die endgültige Platzierung zu beteiligen. Ebenso soll die Erweiterung bestehender Anlagen mit Einrichtungen für zusätzliche Betreiber bzw. mit Einrichtungen für UMTS-Verbindungen mit den Ortsbeiräten abgestimmt werden.“

Abgesetzt

**Ende der Sitzung:**                    16.55 Uhr

Wolfram Kieselbach  
Vorsitzender

Elisabeth Spangenberg  
Schriftführerin

## Anwesenheitsliste

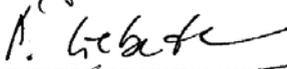
zur 3. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Recht,  
Integration und Gleichstellung am  
**Donnerstag, 01.06.2006, 16.30 Uhr**  
im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

### Mitglieder

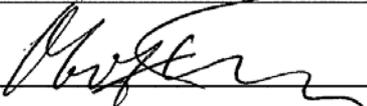
Wolfram Kieselbach, CDU  
Vorsitzender

  
\_\_\_\_\_

Peter Liebetrau, SPD  
1. Stellvertretender Vorsitzender

  
\_\_\_\_\_

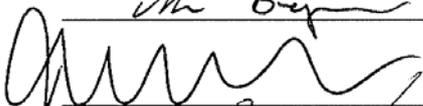
Frank Oberbrunner, FDP  
2. Stellvertretender Vorsitzender

  
\_\_\_\_\_

Anke Bergmann, SPD  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

Dr. Manuel Eichler, SPD  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

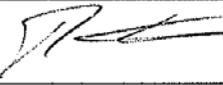
Elfi Heusinger von Waldege, SPD  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

Elena Seewald, SPD  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

Friedhelm Alster, CDU  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

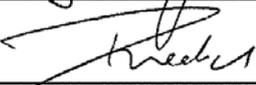
Stefan Kortmann, CDU  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

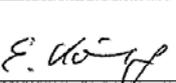
Johann Thießen, CDU  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

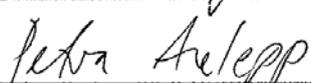
Wolfgang Friedrich, Grüne  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

Elisabeth König, Grüne  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

Petra Aulepp-Wulff, Kasseler Linke.ASG  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

### Teilnehmer mit beratender Stimme

Yasemin Yildiz,  
Vertreterin des Ausländerbeirates

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**Magistrat**

Bertram Hilgen, SPD  
Oberbürgermeister

entschuligt

Dirk-Ulrich Mende, SPD  
Ehrenamtlicher Stadtrat

Dirk-Ulrich Mende

**Schriftführung**

Elisabeth Spangenberg,  
Schriftführerin

Spangenberg

**Verwaltung/Gäste**

Sören Wagner

-30-

Heldesich

-20-

Peter

-30-

v. Lahnweyden

-32-

**Gemeinsame Ausländerbehörde von Stadt und Landkreis Kassel  
Übergangslösung 01.07.2006 - 31.12.2007**

Berichterstatter:           Bürgermeister Junge

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel ist die in der Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über eine Übergangslösung zur Schaffung einer gemeinsamen Ausländerbehörde von Stadt und Landkreis Kassel zu treffen.
2. Das Regierungspräsidium Kassel wird gebeten, einen gemeinsamen Kreisordnungsbehördenbezirk für das Ausländerwesen der Stadt und des Landkreises Kassel mit Wirkung zum 01.07.2006 anzuordnen (Anlage 2).

**Begründung:**

**Zu 1. Vereinbarung**

Zwischen der Stadt und dem Landkreis Kassel ist eine mit dem Landkreis bereits abgestimmte Vereinbarung zu treffen, die die Zusammenfassung der beiden Ausländerabteilungen zu einer gemeinsamen Ausländerbehörde (ABH) regelt (Anlage 1). Darin ist festgelegt, dass die neue Dienststelle die Behördenbezeichnung "Der Oberbürgermeister der Stadt Kassel – gemeinsamer Ordnungsbehördenbezirk Ausländerwesen Stadt und Landkreis Kassel –" führt. Die gemeinsame ABH befindet sich in angemieteten Räumen in der Kurt-Schumacher-Straße 29-31, 34117 Kassel, wo auch das Ordnungsamt untergebracht ist. Die Ausländerabteilung des Landkreises ist zum 01.04.2006 in die das 2. und 3. Obergeschoss der Kurt-Schumacher-Straße 31. eingezogen.

Die in einigen Punkten sehr unterschiedliche Struktur der beiden Ausländerabteilungen macht eine funktionale Integration zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Es handelt sich hierbei um die folgenden Problembereiche:

- Schnittstelle zur Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) beim Regierungspräsidium Kassel:  
Mit einem negativen Abschluss des Asylverfahrens wird die ZAB für die ABH des Landkreises zuständig. Die Akten werden dorthin versandt. Die ZAB ist nicht für die ABH der kreisfreien Städte zuständig. Aus dieser Situation ergeben sich eine Reihe von Schwierigkeiten für eine rationelle Ablauforganisation. Für die Fusion der ABH müssen hierfür Lösungen gefunden werden, um mögliche Synergieeffekte zu erhalten.
- Organisatorische Anbindung der Staatsangehörigkeitsstelle:  
Die ABH des Landkreises erledigt auch die Aufgaben der Staatsangehörigkeitsstelle im Einbürgerungsverfahren, die bei der Stadt vom Einwohneramt wahrgenommen wird. Der Landkreis möchte diese Aufgabe in die gemeinsame ABH einbringen, weil es dann beim Landkreis, der kein Standesamt und kein Einwohnermeldeamt hat, keine sinnvolle Anbindung mehr gibt. Andererseits wären dann bei der Stadt zwei unterschiedlich organisierte Staatsangehörigkeitsstellen vorhanden.
- EDV-Konzeption: Beide ABH arbeiten mit unterschiedlichen EDV-Programmen. Eine Umstellung einer der beiden ABH auf das jeweilige andere Programm ist bis zum 01.07.2006 nicht durchführbar, nicht zuletzt aus finanziellen Gründen.
- Unterschiede in der Personalstruktur und Ablauforganisation:  
Der organisatorische Aufbau und die Ablauforganisation beider ABH sind sehr unterschiedlich. So sind bei der Stadt Sachbearbeiter im gehobenen Dienst in ihrer Rate nahezu allumfassend zuständig, während es beim Landkreis eine Reihe von speziellen Zuständigkeiten sowie Hauptsachbearbeiter und Zuarbeiter gibt. Hinzu kommt, dass die Personalbemessung (gemeldete Ausländer pro Sachbearbeiter) gravierende Unterschiede aufweist.
- Kostenverteilung:  
Eine endgültige Regelung der Kostenverteilung zwischen Landkreis und Stadt ist auch erst möglich, wenn über den inhaltlichen Rahmen einer Fusion der beiden ABH entschieden worden ist.

Als erste Stufe zu einer Gemeinsamen ABH von Stadt und Landkreis Kassel wird daher eine vorläufige Regelung dahin gehend eingeführt, dass durch Anordnung des Regierungspräsidiums Kassel zunächst nur ein gemeinsamer Kreisordnungsbehördenbezirk Ausländerwesen gem. § 85 Abs. 3 HSOG geschaffen wird. Die fachliche Leitung der Behörde liegt bei der Stadt. Sie bildet eine Abteilung im Ordnungsamt der Stadt. Die Stadt ist fachlich für die gesamte Behörde verantwortlich. Dazu steht ihr ein Weisungsrecht gegenüber den Mitarbeitern des Landkreises zu. Im übrigen bleibt der Verwaltungsteil des Kreises nach dem Umzug in die Kurt-Schumacher-Straße 31 zunächst organisatorisch unverändert und steht personell und sachlich in der Verantwortung des Kreises, der insoweit auch alle Kosten trägt.

Die im § 6 vorgesehene Kostenregelung beruht auf folgenden Überlegungen:

1. Die amtsinternen Gemeinkosten wurden pauschal auf 1/3 einer Stelle A 13 mit 30.000,-- € berechnet.
2. Für die EDV-Kosten wurde auf der Grundlage einer örtlichen Erhebung für die Stadtverwaltung in 2004 eine Arbeitsplatzpauschale von 4.100,-- € vereinbart.
3. Für die Prozessführungskosten der ABH des Kreises durch das Rechtsamt der Stadt wurde auf der Grundlage der Verfahrensstatistik des Kreises und des dortigen Zeitaufwandes eine Pauschale von 17.600,-- € vereinbart.

4. Die bei den amtsinternen Gemeinkosten, z. B. bezüglich des Aufwandes für die Postverteilung, und den Kosten der Prozessführung für die Stadt entstehenden Risiken werden in § 6 (2) durch die Möglichkeit von Nachverhandlungen beim Nachweis höherer Kosten aufgefangen.

## **Zu 2. Gemeinsamer Ordnungsbehördenbezirk**

Das Ausländerwesen ist gemäß § 89 Abs.1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) und der daraufhin erlassenen Zuweisungsverordnung eine Aufgabe des Oberbürgermeisters und des Landrates als Kreisordnungsbehörden. Für die Zusammenlegung dieser Aufgaben ist die Anordnung eines gemeinsamen Kreisordnungsbehördenbezirks gem. § 85 Abs.3 HSOG durch das Regierungspräsidium Kassel Voraussetzung (Anlage 2).

### **Ergebnis:**

Die vorgesehene Regelung stellt keine Übergangslösung dar, die zwar eine nach außen einheitliche Behörde schafft, aber die innere Organisation beider Ausländerabteilungen unverändert lässt. Da so noch keine Synergieeffekte nutzbar werden, besteht das dringende Interesse, umgehend eine funktionale Integration der Ausländerbehörden von Stadt und Landkreis Kassel zu erreichen. Daher wird in der Vereinbarung die Laufzeit der Übergangslösung bis zum 31.12.2007 befristet. Das Jahr 2007 wird benötigt, um insbesondere die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen beim Landkreis und der Stadt zu schaffen. Spätestens zum 01.01.2008 ist die gemeinsame Ausländerbehörde mit einer echten Fusion in Kraft zu setzen, die unter der Dienst- und Fachaufsicht des Oberbürgermeisters der Stadt Kassel und mit einer einheitlichen Ablauforganisation, Personalstruktur und Personalbemessung messbare Synergieeffekte bringen wird.

Der Magistrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 08.05.2006 beschlossen.

gez. Bertram Hilgen  
Oberbürgermeister

## **Anlage 1**

zur StaVO.-Vorl. Nr.: 101.16.39  
Gemeinsame Ausländerbehörde  
Übergangslösung

Die **Stadt Kassel**, vertreten durch den Magistrat — im folgenden Stadt genannt —,

und

der **Landkreis Kassel**, vertreten durch den Kreisausschuss — im folgenden Kreis genannt —,

schließen gem. §§ 24 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16.12.1969 (GVBl. I S. 307), zuletzt geändert durch Gesetz v. 21.03.2005 (GVBl. I, S. 229) und § 106 Abs. 1, Ziff. 4. des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) vom 14.01.2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.10.2005 (GVBl. I S. 674) zum Zwecke der Ausführung der Aufgaben des gemeinsamen Kreisordnungsbehördenbezirks für das Ausländerwesen gem. Anordnung des Regierungspräsidiums Kassel vom ....., Az: ..... folgende

### **ÖFFENTLICH - RECHTLICHE VEREINBARUNG ÜBER DIE VEREINIGUNG DER AUSLÄNDERABTEILUNGEN VON STADT UND LANDKREIS KASSEL**

#### **§ 1**

#### **Gemeinsamer Ordnungsbehördenbezirk für das Ausländerwesen**

Der Landrat des Landkreises Kassel und der Oberbürgermeister der Stadt Kassel, beide als Kreisordnungsbehörde, sind sich einig, dass die Aufgaben des Ausländerwesens in der Stadt und dem Kreis im Sinne des § 1 der Verordnung über die Zuständigkeiten der Ausländerbehörden vom 21.06.1993 (GVBl. I S. 260), unter Bildung eines gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirkes gem. § 85 Abs. 2 HSOG i. d. F. vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Gesetz v. 17.10.2005 (GVBl. I S. 674) vom Oberbürgermeister der Stadt ab dem 01.07.2006 wahrgenommen werden sollen. Voraussetzung für diese Vereinbarung ist eine Anordnung des Regierungspräsidiums Kassel, welche die beiden Kreisordnungsbehörden zu einem gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirk für die Durchführung der Aufgabe des Ausländerwesens mit Wirkung vom 01.07.2006 zusammenfasst.

#### **§ 2**

#### **Dienststelle, Unterbringung**

(1) Die Dienststelle führt die Bezeichnung "Der Oberbürgermeister der Stadt Kassel — gemeinsamer Ordnungsbehördenbezirk Ausländerwesen Stadt und Landkreis Kassel —".

(2) Die Dienststelle befindet sich in der Kurt-Schumacher-Straße 29 und 31, 34117 Kassel.

### **§ 3 Leitung und Organisation**

Die Leitung der Behörde liegt bei der Stadt. Sie bildet eine Abteilung im Ordnungsamt der Stadt. Die Stadt ist fachlich für die gesamte Behörde zuständig und verantwortlich. Dazu steht ihr ein Weisungsrecht gegenüber den Mitarbeitern des Kreises zu. Im übrigen bleibt der Verwaltungsteil des Kreises nach dem Umzug in die Kurt-Schumacher-Straße 31 zunächst organisatorisch unverändert und steht personell und sachlich in der Verantwortung des Kreises, der insoweit auch alle Kosten trägt.

### **§ 4 Organisatorische Einzelheiten**

(1) Die Kassengeschäfte, die Vollstreckungen von Geldforderungen, die Rechnungsprüfung und der Datenschutz bleiben unverändert in der Zuständigkeit und Verantwortung des Kreises.

(2) Die Genehmigung von Urlaub, Dienstreisen und Fortbildungsmaßnahmen erteilt der Kreis.

(3) Die Personalräte von Stadt und Kreis bleiben in ihrer Zuständigkeit durch diese Vereinbarung unberührt.

(4) Die bisherigen Öffnungszeiten werden angeglichen.

### **§ 5 Infrastruktur der Informationstechnik und Support**

(1) Die Stadt bindet die am neuen Standort zu errichtende Infrastruktur der Informationstechnik (IT-Infrastruktur) für 21 PC-Arbeitsplätze des Kreises vollständig in ihr Netz ein und bietet alle erforderlichen IT-Dienste darüber an.

(2) PCs, Standarddrucker und Monitore werden von der Stadt neu beschafft und zum Termin des Umzuges bereitgestellt. Die Leasingkosten werden nicht in Rechnung gestellt, sondern über die Pauschale verrechnet.

(3) Spezialgeräte (Scanner, KomDruck-Geräte usw.) werden entsprechend der bisherigen Ausstattung vom Landkreis bereitgestellt und von der Stadt weiter betrieben. Die Stadt übernimmt den Support und die Wartung einschließlich der Wartungsverträge.

(4) Gebäudeverkabelung, Anbindung des Verteilerraumes des Kreises an den der Stadt wird vom Kreis sichergestellt. Die Stadt beschafft einen Switch nach ihren Standards und installiert diesen im Verteilerraum des Kreises.

(5) Die Outlook Daten der User werden zum Stichtag als PST-Dateien der Stadt auf Datenträger zur Verfügung gestellt und dort anschließend in die neuen GroupWise Konten der User importiert.

(6) Die E-Mail Adressen der User des Kreises ändern sich auf die Domäne vorname.nachname@Stadt-Kassel.de. Der Kreis stellt bei Bedarf sicher, dass die alten Adressen vorübergehend auf die neuen Adressen umgeleitet werden.

(7) Der Kreis stellt der Stadt für den neuen Standort einen Raumplan zur Verfügung, aus dem die Standorte der PCs, Drucker, Sondergeräte, Fotokopierer, Fax, und Telefone hervorgehen.

(8) Die Stadt stellt in ausreichender Menge Telefonanschlüsse und Telefonapparate als analoge Nebenstellen der Stadt zur Verfügung (787-xxxx). Zur Anbindung der Telefone an die zentrale TK-Technik der Stadt sorgt der Kreis für die Verlegung eines entsprechenden geeigneten Fernmeldekabels vom Verteilerraum des Kreises bis zum Standort des zentralen TK-Gebäudeverteilers im Haus Kurt-Schumacher-Str. 29.

(9) Ein analoges Telefaxgerät wird von Kreis zur Verfügung gestellt und durch die Stadt weiterbetrieben.

(10) Fotokopierer, Zeiterfassung, Alarmanlage, Personenauffruffanlage sowie sonstige Schwachstromtechnik betreibt der Kreis eigenständig.

(11) Der Kreis trägt weiterhin alle Erstattungen an den Hessischen Datenverbund für alle EDV-Verfahren, z. B. LADIVA und EWO.

## **§ 6 Kostenregelung**

(1) Der Kreis erstattet der Stadt für amtsinterne Gemeinkosten des Ordnungsamtes 30.600 € p. a. und für die Kosten der EDV — insbesondere kalkulatorische Kosten, spezielle Betriebskosten, Unterhaltung und Personalaufwand, sowie Verwaltungsgemeinkosten für die EDV-Abteilung und TUI-Beauftragten des Ordnungsamtes — 86.100 € p. a.. Darüber hinaus werden die Kosten der Prozessvertretung der Ausländerabteilung des Kreises durch das Rechtsamt der Stadt mit 17.600 € jährlich abgegolten. Insgesamt hat der Kreis also 134.300 € p. a. zu zahlen.

(2) Beim Nachweis höherer Beträge bei den amtsinternen Gemeinkosten und der Kosten für die Prozessvertretung sind diese Sätze neu zu verhandeln

(3) Die an Sachkosten lediglich entstehenden Fernspreckgebühren sind darin nicht enthalten. Sie werden endgeräteabhängig abgerechnet.

## **§ 7 Laufzeit**

(1) Die Wahrnehmung der Aufgaben im gemeinsamen Kreisordnungsbehördenbezirk auf grund dieser Vereinbarung beginnt am 01.07.06 und wird bis zum 31.12.2007 befristet. Die Zahlungsverpflichtung des Kreises gem. § 6, bezogen auf die EDV-Kosten, tritt bereits zum 1. 4. 2006 ein.

(2) Die Vereinbarung ist ab dem 01.01.2008 durch eine Vereinbarung zur Regelung einer funktionale Integration der Ausländerbehörden zu ersetzen, weil sich nur so Möglichkeiten zur Senkung der Kosten und zur Ausnutzung von Synergieeffekten ergeben. Gleichzeitig soll auch über eine Zusammenlegung des Staatsangehörigkeitswesens verhandelt werden.

## **§ 8 Änderungen, Salvatorische Klausel**

(1) Nebenabreden sind nicht getroffen worden. Änderungen der Vereinbarung sind nur wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden.

(2) Ist oder wird eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam, verpflichten sich die Vertragspartner, diese Bestimmung durch eine Regelung zu ersetzen, die der unwirksamen Bestimmung möglichst nahe kommt.

## **§ 9 Gerichtsstand, Inkrafttreten**

Gerichtsstand ist Kassel.

Diese Vereinbarung tritt mit ihrer Unterzeichnung durch die Vertragsparteien in Kraft.

**Stadt Kassel Magistrat**

**Landkreis Kassel Kreisausschuss**

Kassel,                      2006

Kassel,                      2006

---

Bertram Hilgen  
Oberbürgermeister

---

Dr. Udo Schlitzberger  
Landrat

---

Thomas-Erik Junge  
Bürgermeister

---

Uwe Schmidt  
Erster Kreisbeigeordneter

Dienstsiegel

Dienstsiegel

## **Anlage 2**

zur StaVO-Vorl. Nr.: 101.16.39  
Gemeinsame Ausländerbehörde  
Übergangslösung

# **Anordnung**

der Zusammenfassung der Kreisordnungsbehörde  
des Landrats des Landkreises Kassel und  
des Oberbürgermeisters der Stadt Kassel  
zu einem gemeinsamen Kreisordnungsbehördenbezirk

Unter Bezugnahme auf § 85 Abs. 3 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) i. d. F. vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Gesetz v. 17.10.2005 (GVBl. I S. 674), wird folgendes angeordnet:

### **§ 1**

Der Landkreis Kassel und die Stadt Kassel werden mit Wirkung vom 01.07.2006 zu einem gemeinsamen Kreisordnungsbehördenbezirk zusammengefasst.

### **§ 2**

Die Zuständigkeit der gemeinsamen Kreisordnungsbehörde ist auf die sich aus den §§ 1, 1a, 2 und 3 der Verordnung über die Zuständigkeiten der Ausländerbehörden vom 21.06.1993 (GVBl. I S. 260), zuletzt geändert durch Gesetz v. 21.03.2005 (GVBl. I S. 229), ergebenden Zuständigkeiten hinsichtlich des Ausländerwesens beschränkt.

### **§ 3**

Die Aufgaben der gemeinsamen Kreisordnungsbehörde werden vom Oberbürgermeister der Stadt Kassel wahrgenommen.

### **§ 4**

Diese Anordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, .....

Regierungspräsidium Kassel

Az.:.....

(Lutz Klein)  
Regierungspräsident

## **Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH**

Berichterstatter: Stadtkämmerer Dr. Barthel

Mitberichterstatter: Bürgermeister Junge

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Der Umstellung des Stammkapitals von 50.000,00 DM auf 25.564,59 € wird zugestimmt. Die Geschäftsanteile werden umgestellt von jeweils 25.000,00 DM in jeweils 12.782,30 €.
2. Das Stammkapital der Gesellschaft wird zum Zwecke der Glättung auf 25.600,00 € erhöht. Die Geschäftsanteile werden zum Zwecke der Glättung aufgestockt, und zwar von je 12.782,30 € um je 17,70 € auf je 12.800,00 €.
3. Herr Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel und Herr Bürgermeister Thomas-Erik Junge werden ermächtigt, den Änderungen des Gesellschaftsvertrages in der rechtlich gebotenen Form zuzustimmen. Sie sind zugleich ermächtigt, etwaige sich ergebende redaktionelle Änderungen, Anpassung oder Streichung bei der notariellen Beurkundung vorzunehmen.“

### **Begründung:**

Die Stadt Kassel und die Heinz Fehr Beteiligungs GmbH sind zu jeweils 50 % am Stammkapital der Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH beteiligt. Die Heinz Fehr Beteiligungs GmbH hat nunmehr darum gebeten, die Umstellung des Stammkapitals auf Euro und damit verbunden sogleich die nach Artikel 3 § 3 Euro-Einführungsgesetz notwendige Rundung vorzunehmen. Im Ergebnis erhöht sich die Stammeinlage der Stadt Kassel um 17,70 € auf 12.800,00 €.

Haushaltsmittel stehen bei den Investitionen im Teilhaushalt 90 006 (Wirtschaftliche Beteiligungen - Konto 900 987 8500) zur Verfügung.

Der Magistrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 08.05.2006 beschlossen.

gez. Bertram Hilgen  
Oberbürgermeister

**NB Nordhessenbus GmbH  
Übernahme von Gesellschaftsanteilen**

Berichterstatter: Stadtkämmerer Dr. Barthel

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Übernahme der Geschäftsanteile an der NB Nordhessenbus GmbH im Nennwert von insgesamt 12.000,-- € von den Mitgesellschaftern Henze-Reisen-GmbH und Omnibusbetrieb Michael Börner nach Maßgabe der im Entwurf beigefügten Abtretungsverträge zu.
2. Herr Oberbürgermeister Bertram Hilgen und Herr Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel werden ermächtigt, für den Magistrat der Stadt Kassel die erforderlichen Erklärungen - in der jeweils gebotenen Form - abzugeben.

**Begründung:**

Die Stadt Kassel hat 2005 im Rahmen der Umsetzung des Ersteller-Besteller-Prinzips im ÖPNV die von der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH gehaltenen Anteile an der NB Nordhessenbus GmbH (NB) im Nennbetrag von 38.000,00 € übernommen. Dies entspricht 76 % des Stammkapitals. Mitgesellschafter sind zu gleichen Teilen die Henze-Reise GmbH und der Omnibusbetrieb Michael Börner.

Die Geschäftsführung der NB geht nach derzeitigem Kenntnisstand davon aus, dass die im Dezember 2006 auslaufenden Konzessionen für den innerstädtischen Busverkehr im Zuge einer marktorientierten Direktvergabe an die NB vergeben werden. Um den dafür relevanten Gesetzen und Verordnungen vollumfänglich und unzweifelhaft zu entsprechen, ist es nach Einschätzung der Geschäftsführung der NB opportun, dass sich die NB zum Zeitpunkt der Vergabe als rein kommunales Unternehmen darstellt. Auf Vorschlag der Geschäftsführung der NB sollen daher die derzeit von den privaten Mitgesellschaftern gehaltenen Geschäftsanteile insgesamt zum Nominalwert übernommen werden.

Die privaten Mitgeschafter der NB haben der Abtretung ihrer Geschäftsanteile an die Stadt Kassel nach Maßgabe der beigefügten Vertragsentwürfe bereits zugestimmt. Die nach § 17 GmbHG erforderliche Genehmigung zur Veräußerung von Geschäftsanteilen erfolgt seitens der NB.

Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 12.000,-- € stehen zur Verfügung.

Die Beschlussfassung im Magistrat ist in der Sitzung am 22.5.2006 erfolgt.

gez. Bertram Hilgen  
Oberbürgermeister

## **Anlage**

zur StaVO.-Vorl. Nr.: 101.16.43  
NB Nordhessenbus GmbH  
Übernahme von Geschäftsanteilen

# **Abtretungsvertrag**

zwischen der

**Henze-Reisen GmbH, Fulda**  
**- im Folgenden „HRG“ genannt**

und der

**Stadt Kassel**  
**mit Sitz in Kassel**  
**- im Folgenden auch „Stadt“ genannt -**

## **Präambel**

Die HRG hält an der NB Nordhessenbus GmbH, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichtes Kassel unter HRB 7504 mit einem Stammkapital von 50.000,00 € eine Beteiligung im Nennbetrag von 6.000,00 €. Dies entspricht 12 % des gesamten Stammkapitals.

Die HRG und die Stadt sind sich darüber einig, dass die HRG ihre gesamte Beteiligung an der NB Nordhessenbus GmbH auf die Stadt übertragen wird.

Vor diesem Hintergrund schließen die Parteien folgenden Abtretungsvertrag:

## **§ 1**

### **Abtretung**

- (1) Die HRG tritt ihren Geschäftsanteil an der NB Nordhessenbus GmbH im Nennbetrag von 6.000,00  hiermit an die Stadt ab.
- (2) Die Stadt nimmt die Abtretung an.
- (3) Die Gesellschaft hat die gem. § 17 GmbHG erforderliche Genehmigung zur Abtretung des Geschäftsanteils erteilt.

## **§ 2**

### **Abtretungszeitpunkt, Gewinnbezugsrecht**

- (1) Die Abtretung und Übertragung erfolgen mit Wirkung zum 30.06.2006, 24.00 Uhr.
- (2) Das Gewinnbezugsrecht für alle nicht ausgeschütteten Gewinne beginnend ab dem Geschäftsjahr 2006 bezüglich des gem. § 1 abgetretenen Geschäftsanteils steht ab dem 01.07.2006, 0.00 Uhr, der Stadt zu.

**§ 3**  
**Gegenleistung**

(1) Für die Abtretung und Übertragung des Geschäftsanteiles an der NB Nordhessenbus GmbH von der HRG an die Stadt zahlt die Stadt den Nominalwert von 6.000,00 € an die HRG.

(2) Dieser Betrag ist zum 01.08.2006 zur Zahlung fällig.

**§ 4**  
**Gewährleistung**

Die HRG haftet für den rechtlichen Bestand der Geschäftsanteile, für deren Freiheit von Rechten Dritter und dafür, dass ihre Stammeinlage voll geleistet ist.

**§ 5**  
**Gremienvorbehalt**

Der Vertragsabschluss erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt.

**§ 6**  
**Kosten**

Die Kosten dieser Urkunde und der Durchführung dieses Vertrages - einschließlich etwaiger Verkehrssteuern - trägt die Stadt.

## **§ 7**

### **Salvatorische Klausel**

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so berührt diese die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht. Die Vertragsparteien verpflichten sich vielmehr, in einem derartigen Fall eine wirksame oder durchführbare Bestimmung an die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren zu setzen, die dem Sinn und Zweck der zu ersetzenden Bestimmung so weit wie möglich entspricht. Dasselbe gilt auch für etwaige Lücken dieses Vertrages.

## **§ 8**

### **Schriftform**

Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages sind nur wirksam, wenn sie in einer von beiden Parteien unterzeichneten Urkunde enthalten sind.

Kassel,

Kassel,

Henze-Reisen GmbH

Stadt Kassel – Der Magistrat

## **Abtretungsvertrag**

zwischen dem

**Omnibusbetrieb Michael Börner, Baunatal  
- im Folgenden „OMB“ genannt -**

und der

**Stadt Kassel  
mit Sitz in Kassel  
- im Folgenden auch „Stadt“ genannt -**

### **Präambel**

Der OMB hält an der NB Nordhessenbus GmbH, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichtes Kassel unter HRB 7504 mit einem Stammkapital von 50.000,00 € eine Beteiligung im Nennbetrag von 6.000,00 €. Dies entspricht 12 % des gesamten Stammkapitals.

Der OMB und die Stadt sind sich darüber einig, dass der OMB seine gesamte Beteiligung an der NB Nordhessenbus GmbH auf die Stadt übertragen wird.

Vor diesem Hintergrund schließen die Parteien folgenden Abtretungsvertrag:

## **§ 1**

### **Abtretung**

- (4) Der OMB tritt seinen Geschäftsanteil an der NB Nordhessenbus GmbH im Nennbetrag von 6.000,00  hiermit an die Stadt ab.
- (5) Die Stadt nimmt die Abtretung an.
- (6) Die Gesellschaft hat die gem. § 17 GmbHG erforderliche Genehmigung zur Abtretung des Geschäftsanteils erteilt.

## **§ 2**

### **Abtretungszeitpunkt, Gewinnbezugsrecht**

- (3) Die Abtretung und Übertragung erfolgen mit Wirkung zum 30.06.2006, 24.00 Uhr.
- (4) Das Gewinnbezugsrecht für alle nicht ausgeschütteten Gewinne beginnend ab dem Geschäftsjahr 2006 bezüglich des gem. § 1 abgetretenen Geschäftsanteils steht ab dem 01.07.2006, 0.00 Uhr, der Stadt zu.

## **§ 3**

### **Gegenleistung**

- (3) Für die Abtretung und Übertragung des Geschäftsanteiles an der NB Nordhessenbus GmbH von dem OMB an die Stadt zahlt die Stadt den Nominalwert von 6.000,00  an den OMB.
- (4) Dieser Betrag ist zum 01.08.2006 zur Zahlung fällig.

**§ 4**  
**Gewährleistung**

Der OMB haftet für den rechtlichen Bestand der Geschäftsanteile, für deren Freiheit von Rechten Dritter und dafür, dass ihre Stammeinlage voll geleistet ist.

**§ 5**  
**Gremienvorbehalt**

Der Vertragsabschluss erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt.

**§ 6**  
**Kosten**

Die Kosten dieser Urkunde und der Durchführung dieses Vertrages - einschließlich etwaiger Verkehrssteuern - trägt die Stadt.

## **§ 7**

### **Salvatorische Klausel**

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so berührt diese die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht. Die Vertragsparteien verpflichten sich vielmehr, in einem derartigen Fall eine wirksame oder durchführbare Bestimmung an die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren zu setzen, die dem Sinn und Zweck der zu ersetzenden Bestimmung so weit wie möglich entspricht. Dasselbe gilt auch für etwaige Lücken dieses Vertrages.

## **§ 8**

### **Schriftform**

Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages sind nur wirksam, wenn sie in einer von beiden Parteien unterzeichneten Urkunde enthalten sind.

Kassel,

Kassel,

Omnibusbetrieb Michael Börner

Stadt Kassel – Der Magistrat



Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

STADT  KASSEL  
documenta-Stadt

Rathaus  
34112 Kassel  
Telefon 0561 787 1294  
Telefax 0561 787 2104  
E-Mail [info@gruene-kassel.de](mailto:info@gruene-kassel.de)

Vorlage Nr. 101.16.28

Kassel, 25.04.2006

## **Geplante Standorte für Mobilfunkanlagen**

### **Antrag**

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie und in den Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, über die geplanten Standorte für künftig zu errichtende Mobilfunkanlagen die jeweiligen Ortsbeiräte zu informieren und diese an der Entscheidung über die endgültige Platzierung zu beteiligen.

Ebenso soll die Erweiterung bestehender Anlagen mit Einrichtungen für zusätzliche Betreiber bzw. mit Einrichtungen für UMTS-Verbindungen mit den Ortsbeiräten abgestimmt werden.

### **Begründung:**

In der „Vereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze“ zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und den Mobilfunknetzbetreibern aus dem Jahr 2001 wird großer Wert auf „einvernehmliche Lösungen“ gelegt, die „die kommunalen Belange“ ebenso berücksichtigen sollen wie die „Belange der Mobilfunkbetreiber“. Im Text der Präambel dieser Vereinbarung wird „eine umfassende Information der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie (...) eine enge Kooperation und offene Kommunikation“ als Instrument benannt, um die „örtlichen Belange“ zu berücksichtigen und „einen möglichst konfliktfreien Infrastrukturausbau zu ermöglichen“.

Eine solche enge Kooperation schließt auch die Einbindung der Ortsbeiräte als den Vertretungsorganen der Stadtteilbevölkerung in den Prozess der Standortsuche zwingend mit ein.

Berichterstatter:                    Stadtverordnete Weber

gez. Karin Müller  
Fraktionsvorsitzende

**Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Kassel**

34112 Kassel, 4. Mai 2006

Rathaus

787 1284 Gw

**Fraktion der SPD**

## **Änderungsantrag**

**zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Vorlage Nr. 101.16.28**

### **Geplante Standorte für Mobilfunkanlagen**

Zwischen dem ersten und dem zweiten Absatz wird eingefügt:

**Dies gilt auch für außerstädtische Standorte an der Stadtgrenze, bei denen die Stadt Kassel im Rahmen einer Abstimmung beteiligt ist.**

Berichterstatter: Stadtverordneter Harry Völler

gez. Uwe Frankenberger MdL  
Fraktionsvorsitzender